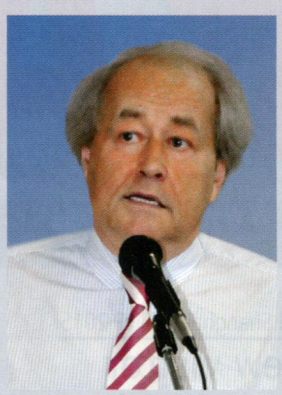
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

„Epochale Kurswende"

Künftige Historiker-Generationen werden wohl darüber rätseln, was Deutschland im Herbst 2015 zu einer radikalen Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik veranlasst hat. Einigkeit dürfte allenfalls in der Erkenntnis bestehen, dass nie zuvor eine demokratisch gewählte Regierung ohne Rücksicht auf die „Volksmeinung" – quasi im Küchenkabinett – einen so tiefgreifenden Paradigmen-Wechsel eingeleitet hat. Auch die Medien tun sich derzeit schwer, Motive zu erkennen und Konsequenzen zu identifizieren. Die FAZ versucht, in einem Kommentar den Polit-Rätseln auf den Grund zu gehen: „Die Kanzlerin hat eine epochale Kurswende eingeleitet, ohne sie zu erklären, wahrscheinlich, ohne sie zu überschauen. Ihr Alleingang setzt eine Kettenreaktion frei, an deren Ende der ‚Zerfall' der EU stehen kann. Die als ‚Migrationschaos' wahrgenommene Situation befeuert allerorten den Populismus, der Europa noch unregierbarer machen wird. Ein Ausstieg Großbritanniens ist nun wahrscheinlicher als je zuvor. Zugleich zwingt die Lage zu außenpolitischen Zugeständnissen, für die es im Club der 28 wenig Sympathien gibt. Der türkische Autokrat Erdogan darf jetzt auf Hilfen hoffen, die man nicht gewähren wollte, als es um die Demokratie am Bosporus noch besser bestellt war. Wenn Merkel den Türken Visa-Erleichterungen in Aussicht stellt, betrifft das ganz Europa."

„Törichter Lockruf"

Und die FAZ schließt mit folgender Analyse: „Merkels besonnen klingende Mahnung, dass es für die Flüchtlings- und Migrantenkrise ‚nur eine europäische Lösung geben kann', ist hohl. Es gibt in Europa keine Mehrheit für die Idee offener Grenzen. Die meisten Nationen wollen am Prinzip der Souveränität festhalten – in Fragen der kulturellen Identität die einen, in Fragen der Grenzsicherung die anderen. Das Dringen auf europäische ‚Solidarität' wird von den Angesprochenen als unsolidarisch empfunden. Merkel – so sieht man es außerhalb Deutschlands – hat einen törichten Lockruf in die Welt gesendet und zwingt nun die Partner, ihren Fehler auszubaden. Die Frau, die Politik immer vom Ende her dachte, hat sich dramatisch verkalkuliert. Ihr Rendezvous mit der Weltgeschichte ist ein zeitliches Missverständnis. Es destabilisiert und polarisiert Deutschland im Inneren und isoliert es in seinen Beziehungen nach außen. Auf dem Höhepunkt ihrer langen, apollinischen Kanzlerschaft hat Angela Merkel Maß und Takt verloren. Auch wer zu früh kommt, kann vom Leben bestraft werden."

Völkerwanderung

Die New York Times spricht von der „größten Flüchtlingsbewegung seit Aufzeichnung der Geschichte". Das Blatt verweist auf eine Gallup-Studie, bei der 450.000 Menschen in 151 Ländern nach ihren Migrationsplänen befragt worden sind. Dabei haben 40% der 160 Mio. Nigerianer, also über 60 Mio., ihren Auswanderungswunsch erklärt. Aber auch und gerade in Ländern wie Syrien, Afghanistan, Irak, Ägypten, Eritrea und dem Jemen träumen große Bevölkerungsteile von einer Zukunft in Nordeuropa. Hauptursächlich dafür sind Religionskriege, Diktaturen, Terror-Organisationen und natürlich auch wirtschaftliche Anreize. Die New York Times zeichnet ein düsteres Bild: „Der globale Norden muss sich darauf vorbereiten, dass sich der globale Süden auf den Weg macht. Dies ist nicht mehr ein Problem für Europa, sondern für die ganze Welt."

In Geiselhaft

Eine desillusionierte Zwischenbilanz zieht Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn in seinem neuen Buch „Der Euro – Von der Friedensidee zum Zankapfel". Der Süden Europas leide unter einer schwachen Wirtschaft mit hoher Arbeitslosigkeit, der Norden fungiere als Zahlmeister und werde von der EZB in Geiselhaft genommen. So könne Europa nicht aus der Krise kommen. Das Rezept, Schulden mit immer neuen Schulden zu begleichen, könne auf Dauer nicht aufgehen. Allein in den Krisenländern Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien (GIIPS) stünden Staats- und Bankenschulden von 12 Billionen EUR im Feuer. Diese Summen könne man nicht durch Schuldensozialisierung in den Griff kriegen. Als Kernproblem bezeichnet Sinn die Tatsache, dass die Ersparnisse der Deutschen in Form ehemals marktfähiger Forderungstitel gegenüber Ausländern zu Forderungstiteln der Bundesbank gegenüber dem EZB-System geworden sind. Die Konsequenz: Bei einem Zahlungsausfall aller Krisenländer kann die Bundesbank den deutschen Sparern nicht mehr helfen. Der ifo-Präsident: „Das Geld ist weg". Bei einer Pleite der genannten fünf GIIPS-Länder und Zypern wäre Deutschland mit einem unwiederbringlichen Totalverlust von 533 Mrd. EUR dabei.

Die Wahl der Worte

Politiker sind gerade in Krisenzeiten gut beraten, die Wirkung ihrer Worte gut zu bedenken. Umso befremdlicher hat die Behauptung der Bundeskanzlerin gewirkt, dass Grenzschließungen zu militärischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan führen könnten. Im Umkehrschluss ging die Botschaft hinaus in die Welt und natürlich auch in die heimischen Wohnstuben, dass Deutschland seine Grenzen offen halten müsse, um einen Krieg in Europa zu verhindern. Wäre dieses Scheinargument ernst und nicht nur rhetorisch gemeint, so käme die Aussage einem staatsrechtlichen Offenbarungseid nahe. Wird doch so der unhaltbaren Fehldeutung Vorschub geleistet, Deutschland wolle auf das Recht, seine Grenzen zu schützen, verzichten, wenn sich die Gefahr eines Krieges abzeichnet. Schon Helmut Kohl hatte mit seiner These, der Euro sei eine Frage von Krieg oder Frieden, die öffentliche Meinungsbildung zu manipulieren versucht.